

An den
Vorsitzenden des
Wirtschaftsausschusses
Herrn Herbert Gey

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters: 18.02.2008

AN/0349/2008

Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Wirtschaftsausschuss	18.02.2008

Geplante Fusion des TÜV Rheinland und des TÜV Süd

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des nächsten Wirtschaftsausschusses am 18.02.2008 aufzunehmen:

Die geplante Fusion des TÜV Rheinland und des TÜV Süd kann den Wirtschaftsstandort Köln stärken, wenn hier die weltweit zweitgrößte Prüforganisation entsteht. Allerdings muss sichergestellt sein, dass der Standort Köln auch auf Dauer die gleiche Bedeutung wie München behält. Die TÜV Rheinland Group ist bereits jetzt ein international führender Dienstleistungskonzern und insofern imagebildend für den Wirtschaftsstandort Köln. Das 1872 gegründete Unternehmen hat seinen Stammsitz in Köln. An 360 Standorten in 62 Ländern auf allen Kontinenten arbeiten 12.500 Menschen, davon 1800 in Köln, und erwirtschafteten in 2007 einen Konzernumsatz von 980 Millionen Euro.

Wie zu hören ist, soll München Sitz der zukünftigen TÜV AG Berlin-Köln-München werden. Maxime für die städtische Wirtschaftspolitik und insofern auch für die geplante Fusion sollte jedoch sein, Kölner Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen, angestammte Unter-

nehmen in der Stadt zu halten und neue anzusiedeln, traditionsreiche Kölner Institutionen zu bewahren und neue für Köln zu gewinnen.

Die SPD-Fraktion fordert den TÜV Rheinland deshalb auf, sich für den Erhalt der Kölner Arbeitsplätze einzusetzen und den Standort Köln auch in seiner Bedeutung als Unternehmenszentrale zu sichern. Angesichts der herausragenden Qualitäten des Wirtschaftsstandortes Köln muss es Ziel sein, dass Köln bei der geplanten Fusion ebenfalls zu den Gewinnern gehört und nicht langfristig Verlierer wird.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich aus Sicht der SPD-Fraktion folgende Fragen:

1. Wie ist die Einschätzung der Verwaltung: Wird es zu einem Rutschbahneffekt Richtung München kommen?
2. Welche Möglichkeiten sieht die Verwaltung sicherzustellen, dass im Zuge der geplanten Fusion keine Arbeitsplätze und Geschäftsfelder des neuen Gemeinschaftskonzerns aus Köln abgezogen werden?
3. In welchem Zeitraum werden die im Zusammenhang mit der Fusion stehenden organisatorischen Veränderungen voraussichtlich realisiert?
4. Welche Möglichkeiten der Einflussnahme sieht die Verwaltung, im Rahmen der Fusionsgespräche darauf hinzuwirken, dass Arbeitsplätze und Geschäftsfelder zusätzlich in Köln angesiedelt werden?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Michael Zimmermann
SPD-Fraktionsgeschäftsführer

gez. Alfred Schultz
Wirtschaftspolitischer Sprecher